

Lange haben wir uns darüber beschwert, dass es egal ist, welche Partei wir wählen. Auf Bundesebene haben CDU/CSU-geführte Regierungen kaum eine andere Wirtschaftspolitik als SPD-geführte Regierungen betrieben. Mit der kommenden großen Koalition scheint das nun anders zu werden. CDU/CSU haben den eher marktorientierten Koalitionspartner FDP durch die eher staatsorientierte SPD ausgetauscht. Der neue Koalitionsvertrag verspricht, dass sich die Staatstätigkeit kräftig ausweitet. Die Regierungsbeteiligung der SPD trägt also die für die Wähler zu erwartenden Früchte.

Mit dem sich abzeichnenden Politikwechsel sind jedoch zwei Probleme verbunden. Das erste Problem ist, dass sich die Mehrheit der deutschen Wähler diesen Politikwechsel hin zu mehr Einfluss des Staates nicht gewünscht hat. Bei der letzten Bundestagswahl haben sich die 41,5% Unionswähler und die gut 9% Wähler für die FDP und die AfD sicher nicht mehr Bevormundung durch die Politik gewünscht. Das zweite Problem ist, dass wichtige Elemente der zu erwartenden Wirtschaftspolitik verfehlt sind. Die Paradebeispiele sind der geplante Mindestlohn und die Rentenpolitik. Wenn der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde kommt – noch besteht Hoffnung, dass es sich CDU/CSU und SPD während der Legislaturperiode anders überlegen – wird die Arbeitslosigkeit insbesondere im Osten steigen. Darüber hinaus werden die Unternehmen die höheren Personalkosten auf die Verbraucher überwälzen. Ebenso ist zu erwarten, dass die Schwarzarbeit zunimmt.

SPD und CDU/CSU haben der jetzt älteren Generation mit dem neu geschnürten Rentenpaket ein großzügiges Weihnachtsgeschenk gemacht. Dieses Rentenpaket geht nicht allein auf den Umverteilungsdrang der SPD zurück: Die Rentner sind eine der wichtigsten Wählergruppen der CDU/CSU, die sich bei Geschenken für die Rentner deshalb nicht lumpen lässt. In der CDU/CSU konnte oder wollte offensichtlich niemand noch einmal klipp und klar machen, was alle in Deutschland eigentlich schon wissen: Wenn die Menschen immer älter werden und dabei vielfach auch viel vitaler als früher bleiben, dann können sie auch länger arbeiten – sie müssen sogar länger arbeiten, wenn unser Solidarsystem am Leben bleiben soll. Wenn in Zukunft immer weniger Junge immer mehr Alte finanzieren müssen und die Rente für

die jetzt Jungen später nicht mehr reichen wird, dann muss mit Extraleistungen an die heute Alten ganz behutsam umgegangen werden. Zu differenzieren ist zwischen den zwei wesentlichen Bestandteilen des Rentengeschenks. Die Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts ohne Abschläge im Alter von 63 Jahren bei Vorliegen von 45 Versicherungsjahren ist verfehlt, weil sie ausschließlich den Betroffenen und nicht vermehrt dem System zugutekommt. Die »Mütterrente« ist an sich sinnvoll, weil sie Kinderkriegen und Großziehen von Kindern belohnt, wodurch im Umlagesystem die Rente der zukünftigen Generationen gesichert wird. Dennoch wird die Mütterrente teuer. Zur Gegenfinanzierung hätte sich die CDU/CSU beispielsweise für ein höheres Renteneintrittsalter stark machen können. Dazu fehlte der CDU/CSU der Mut.

Viel früher als gedacht mag der Regierung auf die Füße fallen, dass ihre Rentengeschenke alsbald gegenfinanziert werden müssen. Wenn keine neuen Schulden gemacht werden sollen, geht das entweder nur durch höhere Beiträge zur Rentenversicherung oder durch höhere Steuern. Beides macht Arbeit in Deutschland teurer. Gekoppelt mit dem Mindestlohn droht uns somit, vom Wachstumspfad abzukommen und unsere komfortable wirtschaftliche Lage einzubüßen.

* Auch erschienen unter dem Titel »Das bringt die große Koalition: Schwarzarbeit nimmt zu, Arbeit wird teuer«, Focus online, 14. Dezember 2013, verfügbar unter: http://www.focus.de/politik/gastkolumnen/potrafke/neue-regierung-vor-grossen-problemen-das-bringt-die-grosse-koalition-schwarz-arbeit-nimmt-zu-arbeit-wird-teuer_id_3480553.html